Mit Ideologiekritik aus der Krise: Über moralisierenden Universalismus im Journalismus und in der Journalismusforschung – ein Essay

Michael Haller

Keywords: Moralischer Universalismus, Elitenbindung, Migrationsthema, Ideologie und Selbstbetrug, Normativität, diskursiver Journalismus

Abstract

Der als Essay gefasste Beitrag geht von der These aus, dass sich in der Journalismusforschung wie auch bei meinungsführenden Leitmedien eine moralisierende Gesinnung breit macht. Im Wissenschaftsdiskurs erhebt sie Hegemonieansprüche gegenüber deliberativ begründeten Diskurstheorien und will diese normativ begründeten Funktionen des Informationsjournalismus destruieren. Der Beitrag plädiert für die Restitution und Anwendung des normativen Bezugsrahmens (auch) für die Journalismusforschung.

Haller, Michael. 2019. „Mit Ideologiekritik aus der Krise: Über moralisierenden Universalismus im Journalismus und in der Journalismusforschung – ein Essay“. In *Ideologie, Kritik, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, herausgegeben von Uwe Krüger und Sebastian Sevnigani, 270–288. Universität Leipzig. DOI: 10.36730/ideologiekritik.2019.13

Michael Haller | EJK Leipzig | haller@uni-leipzig.de

1 Die Trauben hängen (zu) hoch

Um Art und Funktion von Ideologien in der demokratisierten Bürgergesellschaft unserer Zeit deutlich zu machen, griff der Politiktheoretiker Hermann Lübbe vor fünfzig Jahren (der Schreibende saß in seiner Vorlesung) zum altgriechischen Dichter Äsop und seiner Fabel vom Fuchs, der nach den Trauben giert, die ihm zu hoch hängen, aber zu den anderen Tieren sagt, diese seien ihm zu sauer. Lübbe nannte zwei Möglichkeiten, um dieses dissonante Verhalten zu deuten: Entweder will der Fuchs den umstehenden Tieren die Häme nicht gönnen, falls sie erkennen, dass er die Trauben gar nicht greifen kann. Oder er will sich über den Frust, erfolglos nach ihnen gegriffen zu haben, mit dieser Selbstlüge hinwegrösten. „Der erste Fall ist der Fall einer Betrugstheorie; der zweite ist der der Ideologie“, erläuterte Lübbe. „Die Betrugstheorie richtet sich an andere und erfüllt ihren praktischen Zweck, wenn diese anderen sie glauben. Die Ideologie dagegen ist eine Betrugstheorie, die nur dann funktioniert, wenn man selbst daran glaubt.“ Dieses Verständnis, „dass die Vernunft die Wahrheit aus eigenem Antrieb, aus Interesse an dieser Verfehlung verfehlt“, sei das historisch Neue (Lübbe 1974, 17f.). Populär wurde es durch Feuerbach, der die Religion als Projektionsfläche („Entäußerung“) des Individuums und darin als Ideologie beschrieb; berühmt wurde es durch Marx, der das qua Entfremdung objektiv „falsche Bewusstsein“ untersuchte und damit auch die Feuerbach'sche Ideologiebeschreibung als ideologisch denunzierte (vgl. Lenk 1967, 37f.).

So weit, so klar. Was Lübbe indessen nicht in Betracht zog: dass mit dem Äsop'schen Fuchs eventuell beide Möglichkeiten – Ideologie als Selbst- und als Fremdbetrug – zusammenfallen, es also in zweckrationaler Hinsicht um eine doppelte Täuschung geht. Man agiert, was die eigenen egoistischen Beweggründe betrifft, in kognitiver Dissonanz; und man verkauft der Welt als scheinbar wahren Handlungsgrund seine vermeintlich edlen Motive. Dieser Modus – so meine erste These – findet sich heute in der nachmodern genannten Mediengesellschaft dort, wo die kulturelle Elite ihre Privilegien verteidigt und ihre privilegierte Stellung mit moralisierendem Universalismus camoufliert.¹ Er kennzeichnet insbesondere

¹ Während das Attribut „moralisch“ unterstellt, dass der Sprecher intersubjektiv oder kollektiv anerkannte Werte „des Guten“ (Moore 1903) als Maßstab seines Handelns nennt, bedeutet das Attribut „moralisierend“, dass der Sprecher die von ihm

das Verhalten solcher Gruppen, die ihre universalistischen Vorstellungen in der Pose des moralisch Überlegenen (quasi als selbstmandatierter Anwalt der Benachteiligten) gegen Andersdenkende verfechten (vgl. Bröning und Mohr 2017, 10). Sie werden darin – dies ist meine zweite These – von Journalisten bestärkt, die sich zur selben kulturellen Elite rechnen und mit Geltungsansprüchen auftreten, als ob ihre Position einer überlegenen Moralität entsprungen sei. Dasselbe umgekehrt: Die Medien (bzw. deren Berichterstatter und Leitartikler), die für universell gelten sollende Werte eintreten, werden von den moralisierenden Universalisten der kulturellen Elite als bestätigende Rechtfertigung erlebt, zitiert und gefeiert.² Dies zeigt sich beispielsweise im Umgang mit dem Gleichheitsideal, das die Universalisten unbedingt verwirklichen wollen und darum jede Form der Benachteiligung skandalisieren; oder am Projekt der gesellschaftlichen Diversität, mit dem Mehrheiten aufgelöst, Heimat abstrahiert und der tradierte Verfassungsstaat pulverisiert werden soll. Diese Überzeugungen werden nicht erörtert, sondern zur wahren Anschauung und einzig richtigen Handlungsmaxime erkoren (Grau 2017, 29). Sie funktionieren persuasiv und hindern ähnlich gesinnte Journalisten daran, den Verfechtern dieser Ideologie gegenüber auf Distanz zu gehen und die historischen, politischen und ökonomischen Prämissen dieses moralisierenden Universalismus kritisch zu hinterfragen und damit „die Idee wechselseitiger Berechtigung“ (Lessenich 2019, 123) mit Leben zu füllen.

reklamierten Werte (hier: seinen Universalismus) für höherrangig und insofern für stärker legitimiert erklärt als andere moralisch begründete Positionen. Daraus leitet er für seine Position übergreifende Geltungsansprüche ab sowie die Berechtigung, Andersdenkende zu diskreditieren oder auszuschließen (i. S. v. Lübke 1987; Grau 2017, 89ff.; Stegemann 2018, 42).

² Die Chiffre „Universalismus“ deckt zwei Denkmuster des Globalisierungsprozesses ab: Zum einen gibt es den neoliberalen Universalismus zur Rechtfertigung der Ausbeutungsinteressen der westlichen (und wohl auch chinesischen) Industriegesellschaften (Lessenich 2016); zum andern den auf die internationale Solidarität unter regionalen Befreiungsbewegungen zurückgehenden, durch die UN-Menschenrechtscharta und den Klimawandel legitimierten Universalismus, der seine generalisierten Werte den regionalen überordnet. In der Politik der Merkel-Regierung gingen beide Universalismus-Typen eine die Verhältnisse verschleiernde Allianz ein, die während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 mit politischem Moralismus ideologisiert wurde (vgl. Hofbauer 2018). Der hier kritisch reflektierte Universalismus gilt dem zweiten Denkmuster.

Wie nun diese Ideologeme („Diversität!“, „Gleichheit!“ usw.) im Sinne der Metapher „Die Trauben sind sauer“ als Doppelbetrug (auch) in der Journalismusforschung funktionieren, soll eine Episode veranschaulichen, die dem Verfasser widerfuhr (in der Rolle des Betroffenen ist er hier Partei). Sie begann mit seiner von der Otto-Brenner-Stiftung in Auftrag gegebenen und im Juli 2017 publizierten Inhaltsanalyse „Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien“ und endet – vorläufig – mit Reaktionen auf die Folgestudie „Zwischen ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Migrationspakt‘ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand“, die im Mai 2019 von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlicht wurde (Haller 2017; Haller 2019).

2 Die Trauben sind (zu) sauer

Beiden Studien liegt die deliberative Demokratietheorie (Bessette 1980; Peters, Schultz und Wimmel 2007) zugrunde, deren Einlösung (auch) an das Konzept des diskursiven Journalismus gebunden ist (vgl. u. a. Brosda 2008). Diesem zufolge hat der Informationsjournalismus dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Gruppen und Positionen – soweit relevant und vom Grundgesetz gedeckt – erkannt, thematisiert und in den öffentlichen Diskurs verständigungsorientiert eingebracht werden (Haller 2016, 175f.; Haller 2017, 6-10; Haller 2019, 145f.). Nach Maßgabe dieses Konzepts ging die erste Studie u. a. der Forschungsfrage nach, wer in den Medienberichten zum Konfliktthema „Flüchtlinge/Migranten“ des Jahres 2015 bis Frühjahr 2016 *tatsächlich öffentlich* zu Wort kam und, indirekt, wer nicht – eine offene, vorurteilsfreie Fragestellung.

Die Erhebung lieferte zahlreiche Befunde. Einer davon zeigte, dass die Berichterstattung der sogenannten Leitmedien der im Gestus universalistisch, in der Sache jedoch neoliberal (wie: Arbeitskräfteimport) handelnden Regierung und ihren nachgeordneten Behörden kritiklos folgte. Pointiert gesagt: Die sogenannte Flüchtlingskrise fand in den Informationsmedien praktisch ohne die real existierenden Flüchtlinge und deren Helfer, also auch ohne Beschreibung ihrer Nöte und Probleme statt (2017, 33-37).

Dieses Ergebnis bescherte uns Applaus von Seiten der moralischen Universalisten, darunter NGOs, linksidentitäre Gruppen, Leitartikler, Ehrenamtliche, kirchliche Organisationen und Publizisten.³

Ein anderer Befund, der sich auf die Rekonstruktion und Contentanalyse wirtschaftspolitischer Programme seit 2005 stützt, löste umgekehrt wütende Kommentare derselben Universalisten wie auch einschlägiger Medienwissenschaftler aus. Er lautet, dass die von den meisten Informationsmedien als moralisierende Kampagne umgesetzte und von wohlwollenden Bürgern gefeierte „Willkommenskultur“ von den Arbeitgeberverbänden, dann den Regierungsparteien zwecks Generierung ausländischer Fachkräfte in Gang gesetzt, seit 2014 dann zur Entlastung der zuständigen Ausländerbehörden orchestriert wurde. Ebenfalls bitterböse Kommentare löste der Befund aus, dass die untersuchten Medien die zur Merkel'schen Regierungslinie des zweiten Halbjahres 2015 („Politik der offenen Grenzen“) abweichenden Positionen marginalisiert und kritische Äußerungen von Experten wie auch Beteiligten übergangen haben (bekanntlich gaben die Medien stattdessen dem verbalen Schlagabtausch zwischen Merkel/CDU und Seehofer/CSU über das Thema „Flüchtlingsobergrenze“ bis in die feinsten Semantiken nachgeordneter Sprecher viel Raum).

Das Ergebnis wiederum, dass die untersuchten Medien die mit der Unterbringung geflüchteter Muslime auftretenden soziokulturellen Konflikte (etwa in Bezug auf die Rolle der Frau) wie auch gravierende Vollzugsprobleme außer Acht ließen (d. h. nicht recherchierten), dass sie weder Islam-Experten noch Migrationsforscher beizogen, hielten die moralisierenden Universalisten wie auch die mit dem Thema befassten Medienwissenschaftler für irrelevant (z. B. Maurer et al. 2019).

Und schließlich dies: Dass wir die überraschend hohe Konsonanz in der Darstellung des Flüchtlingsthemas als „Mainstream“ apostrophierten, deuteten die moralisierenden Universalisten (inklusive einiger Medienwissenschaftler) als Indiz, dass wir mit unseren Ergebnissen dem Rechtspopulismus zu Diensten seien.⁴ Keiner der Kritiker monierte

³ Die Resonanz zur Studie ist dokumentiert unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/>

⁴ vgl. u. a. den als „Pressemitteilung“ publizierten Kommentar des Netzwerks Neue deutsche Medienmacher vom 21. Juli 2017 mit unserer Replik vom 25. Juli 2017 (Neue deutsche Medienmacher 2017).

unseren theoretischen Rahmen oder stellte die angewandten Methoden in Frage, keiner diskutierte die für die Bewertung der Befunde maßgebliche Festlegung des Untersuchungsgegenstands. Man darf daraus folgern, dass Konzept, Ansatz und Durchführung unserer Erhebungen aus sozialwissenschaftlich-empirischer Sicht nicht zu bemängeln waren. Von daher war die Kritik wohl ideologisch motiviert, getreu dem Muster: Ich bekomme die Trauben nicht zu fassen, also sind sie (zu) sauer. Dieses Argumentationsmuster möchte ich im Folgenden ideologiekritisch beleuchten.

3 Der neue Moralismus unter Medienwissenschaftlern

Gegenstand der Studie war ein in Deutschland aus verschiedenen (auch spezifisch deutschen) Gründen moralisch besetztes, polarisierendes Konfliktthema. Entsprechend wurde die Veröffentlichung mit einer schrillen Medienresonanz quittiert (Beispiele: „Studie bemängelt ‚unkritische‘ Berichterstattung in Flüchtlingskrise“, *welt.de*, 19.07.2017; „Studie der Otto-Brenner-Stiftung: Die Medien haben in der Flüchtlingskrise versagt“, *zeit.de* vom 19.07.2017; „Medien haben in der Flüchtlingskrise völlig versagt“, *turi2.de* vom 19.07.2017; „Losungen der politischen Elite unkritisch übernommen“, *Meedia.de* vom 20.07.2017; „Alles Versager? Die mediale Sturzburg einer Studie“, *uebermedien.de* vom 21.07.2017).

Bereits zwei Tage später veröffentlichte das dem moralisierenden Universalismus verpflichtete Publizisten-Netzwerk Neue deutsche Medienmacher (NdM) e. V. eine Stellungnahme, in der die Studie in toto als politisch schädlich, gar als fremdenfeindlich gebrandmarkt wurde (Zitat: „Haller nutzt aufgeladene Schlagworte wie ‚politische Eliten‘, ‚Mainstreammedien‘ und ‚besorgte Bürger‘ – dabei ist Letzteres ein bekannter Euphemismus und verharmlosende Selbstbezeichnung für Rechtsextreme“ – Quelle siehe Fußnote 3). Dabei tritt das NdM – der auf seiner Webseite publizierten Selbstdarstellung zufolge – u. a. „für eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt“⁵, eine Auffassung, die sich mit dem normativen Journalismusverständnis unseres Ansatzes sehr wohl deckt. Wir schrieben darum in unserer Entgegnung, „dass es derzeit vielen schwer fällt,

⁵ <https://www.neuemedienmacher.de/>

die eigenen Überzeugungen, Interessen und Vorurteile zu reflektieren und verständigungsorientiert über das Thema zu sprechen. Ihre Äußerung verdreht und entstellt den Ansatz wie auch die Befunde der Studie. [...] Das einzige, was in diesem vergifteten Meinungsklima hilft, ist der um Aufklärung bemühte Diskurs, der Vorurteile und Ideologien aufweicht und damit die Voraussetzung schafft, dass Fronten abgebaut und Gespräche in Gang gesetzt werden.“

Dieser Vorschlag verhallte. Bereits wenige Tage später publizierte Christine Horz, Medienwissenschaftlerin an der Ruhr-Universität Bochum und Mitglied im migrationspolitisch klar positionierten Verein Rat für Migration, einen „Essay“ in dem von ihr mit herausgegebenen Online-Journal *Global Media Journal (German Edition)*, mit dem sie die Polemik der NdM um den Topos Fremdenfeindlichkeit erweiterte. Unter Bezugnahme auf Publikationen vor allem von Hafez und Richter von Anfang des Jahrtausends generalisierte Horz (2017, 4), „dass die Berichterstattung über Asylbewerber, Muslime und andere ‚unerwünschte Minderheiten‘ von Negativthemen, einer deutlichen Politikzentrierung sowie von Stereotypen, Vorurteilen und Feindbildern verzerrt“ sei, eine Situation, die wir für 2015 unabhängig der Faktenlage hätten bekräftigen sollen. Eine von Empirie unbelastete Hypothese von Hafez (die Medien seien von sozialen Akteuren „hochgradig abhängig [...] auch von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten“ – Hafez 2016, 3) verwandelte Horz in einen empirischen Sachverhalt: „Demnach orientieren sich Medien häufig an der überwiegend restriktiven Migrationspolitik, aber auch an Rechtsradikalen.“ Demgegenüber würden wir in unserer Blindheit „diese wichtigen Befunde und Differenzierungen gänzlich ausklammern“ (Horz 2017, 4). Also gehe unsere Studie „nicht ergebnisoffen an das Thema heran“ (ebd., 2); wohl aus Mangel an Beweisen werden ein paar entstellte Halbzitate angefügt. Ihr Fazit wirkt vernichtend: „Statt die Beobachtungen des empirisch nachgewiesenen Versagens des Journalismus (das gilt für die nicht zu Wort kommenden Betroffenen) deutlich zu betonen“, würden unsere Befunde „zu argumentativ ähnlichen Frames des rechten Spektrums“ führen, mithin der Sache der Deutschnationalen dienen. Offenbar sind wir Fragen nachgegangen, die man aus moralischen Gründen nicht stellen darf – mit anderen Worten: Die Trauben sind zu sauer.

Selbstverständlich kann man Daten in unterschiedlichen Kontexten verschieden interpretieren und debattieren. Dabei sollten allerdings die vom Äsop'schen Fuchs praktizierten Selbst- und Fremdbetrügereien

ausgeschlossen bleiben. Tatsächlich war unsere Erhebung ergebnisoffen angelegt; deren Operationalisierung und Analyseschritte sind vollständig dokumentiert (der Methodenbericht, der Replikationen möglich macht, steht seit Sommer 2017 für jedermann einsehbar auf der Webseite der Otto-Brenner-Stiftung). Über die Berichterstattung der Medien des Jahres 2015 lagen keine anderen Daten oder Befunde vor, die hätten diskutiert werden können. Wie die Medien zehn, fünfzehn Jahre zuvor über die Radikalisierung der ultrarechten Szene und die Gewaltakte gegen Migranten und Asylunterkünfte berichtet haben, ist untersucht worden. Diese standen in einem anderen gesellschaftspolitischen Kontext, der für das Jahr 2015 nicht zutreffend ist. Von daher ist es schon merkwürdig, dass die moralisierenden Universalisten auf eine Fortschreibung jenes Deutungsmusters unter der Etikette „Anschlussfähigkeit“ bestehen, Motto: Weil in früheren Zeiten Einzelstudien (nach Maßgabe ihrer Fragestellung) die mediale Darstellung des Migrationsthemas als defizient oder einseitig oder stigmatisierend beschrieben haben, sind alle künftigen Untersuchungen determiniert.⁶ Folglich sind Erhebungen, die dieses Narrativ nicht bedienen, für die Verfechter der „Migrationsgesellschaft“ (Horz) nicht ergebnisoffen, vielmehr den Fremdenfeinden dienlich.

Dieser Schwenk vom wissenschaftlichen zum ideologischen Denken tritt in der (vorläufigen) Schlusspointe dieser Episode zutage. Auslöser ist die Veröffentlichung meiner Nachfolgestudie „Zwischen ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Migrationspakt‘ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand“, die von der Otto-Brenner-Stiftung im Mai 2019 publiziert wurde. Unsere Untersuchung der Berichterstattung über das Thema „UN-Migrationspakt“ in vier überregionalen Tageszeitungen (Print und online) kommt zu dem Ergebnis, dass die Journalisten zwar erneut der Themenagenda und Themenbewertung der Regierungsparteien folgten, dass aber zwei der vier Redaktionen – im Unterschied zum Jahr 2015 beim Thema Flüchtlingskrise – die dem Diskursjournalismus zugeschriebenen Anforderungen spät, dann aber akribisch eingelöst, d. h. ausgewogen und vielstimmig thematisiert haben (Haller 2019, 30f.). Im rückblickenden Vergleich

⁶ Eine andere Deutung findet sich bei Goeßmann (2019, 56-59): Die Befunde der Haller-Studie würden zeigen, dass die Regierung (und mit ihr konsonant die Medien) die „Flüchtlingskrise“ absichtsvoll inszeniert hätten, um den Zustrom zu kappen.

mit dem Jahr 2015 bescheinigt die Studie diesen Redaktionen einen *Lernprozess* in Richtung *Diskursivität*.⁷

Dieser jedoch scheint unter den moralisierenden Universalisten unerwünscht, vielleicht, weil er als Fahnenflucht empfunden wird. Als ein Kollege auf der Facebook-Seite des *European Journalism Observatory* (EJO) auf eine Rezension unserer Studie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hinwies, postete der für seine besonnene Haltung geschätzte Medienwissenschaftler Klaus Meier von der Katholischen Universität Eichstätt (die ein „Zentrum Flucht und Migration“ eingerichtet hat) diesen Eintrag: „Bereits die erste Studie zum Thema Migration von Michael Haller hatte gravierende konzeptionelle Schwächen, wie dieser Beitrag in einem internationalen wissenschaftlichen Journal ausführlich und gut begründet darlegt [es folgt der Link auf die oben referierte Polemik von Christine Horz]. Und jetzt legt er mit einer zweiten undifferenzierten ‚Hau-Drauf‘-Studie nach. Schade, dass sich ein emiritierter [sic!] Kollege in seinem Ruhestand so verrennt.“ Die Trauben hängen hoch, darum sind sie sauer und niemand soll nach ihnen greifen.

Man könnte – diesseits der Äsop’schen Fabel – solchen Moralisten mit Max Weber vorhalten, dass sie auf Sachaussagen mit Werturteilen reagieren, und mit Theodor Geiger könnte man anfügen, dass Kommentatoren wie Horz und Meier ihre subjektiven Werturteile im Kostüm objektivierter Aussagen präsentieren und insofern ideologisch handeln. Doch das Problem geht tiefer (vgl. Stegemann 2018). Es ist meiner Ansicht nach darin zu finden, dass der moralisierende Universalismus der kulturellen Elite sich zum *identitären Denken*⁸ verfestigt und sich vermittels moralisierender Polemiken der argumentativen Überprüfung zu entziehen sucht. Die diesem Denken zugeneigten Medienwissenschaftler*innen interessieren sich nicht (mehr) für die demokratietheoretisch begründeten Ansprüche an den Informationsjournalismus.⁹ Man theoretisiert lieber

⁷ FAZ und *Die Welt* brachten kritische Beiträge von Staatsrechtlern und Politikwissenschaftlern sowie viele Beiträge in ihren Leser-Rubriken. Allerdings unterschlugen alle untersuchten Medien die kontroverse Debatte in der Fraktion der Linken (vgl. Haller 2019, 23f.).

⁸ Ich folge darin der Umschreibung der „identitätslinken“ Ideologie der Migrationsforscherin Sandra Kostner (2019, 27-30).

⁹ Die für aufgeklärte Bürger in unserer Gesellschaft selbstverständliche Handlungsmaxime, dass man in Not geratenen Menschen beizustehen habe, ist eine individuelle Haltung. Wer daraus die Überzeugung ableitet, diese Haltung müsse von den

konstruktivistisch über die Irrelevanz des Faktischen („Aus konstruktivistischer Sicht ist Journalismus deshalb eher ein Produkt, denn ein Bild der Realität“, Horz 2017, 8) und folgt dem Motto: Alles ist irgendwie Kommunikation, und jetzt polemisieren wir im Interesse unserer Hegemonieansprüche.

4 **Versuche, den Journalismus abzuschaffen**

Im Internetzeitalter ist alles Information, alles Kommunikation: In diese Richtung zielt auch ein Debattenanstoß in der *Publizistik* (Hefte 3 und 4/2016 plus Replik Heft 1/2018), der infolge der Digitalisierung die Ausweitung des Gegenstandsfeldes „gesellschaftliche Kommunikation“ (Theis-Berglmair 2016) postuliert – im Blick auf die Unschärfe zwischen interpersonaler, gruppenbezogener und disperser Kommunikation zumal der Plattformmedien gewiss eine bedenkenswerte Anregung. Doch was folgt daraus für den Gegenstand „Informationsjournalismus“? Etwa seine mit der Entgrenzung eingeleitete Diffusion, die zur Selbstauflösung führen wird?

Ich denke, hier ist Widerstand angesagt. Denn der sozio-ökonomische Wandel, der die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt und die Zukurzgekommenen mit eskapistischen Unterhaltungsangeboten ruhigstellt: Auch ihn sollte man mit dem Label Neoliberalismus etikettieren (Welzer 2016, 93ff.). Dieser hat auch die Informationsmedien infiziert, hat deren publizistische Geltung zur „Aufmerksamkeitsökonomie“ transformiert und deren wirtschaftliche Basis destruiert („all for free“). Dieser Prozess spiegelt sich in den Medienwissenschaften und der Journalistik, hier als Theorieschwund.

Gewiss wurde und wird weiterhin intelligent theoretisiert, doch dabei handelt es sich überwiegend um Leihgaben aus der deskriptiven Soziologie, der Sprachwissenschaft und der Sozialpsychologie (vgl. Löffelholz et al. 2016, 11ff.). Die in den 1990ern populäre Systemtheorie etwa

Informationsmedien generalisiert und propagiert werden, der lässt den Gesinnungsjournalismus aus der Zeit des Deutschen Reiches bis zur Weimarer Republik wieder aufleben, als die eigene (partikulare) moralische bzw. politische Position verabsolutiert und die dazu devianten Positionen als Kriegsgegner abgekanzelt wurden – frühe Formen dessen, was man heute Hatespeech nennt.

(man denke an das lange Zeit hippe Theorem der Autopoiesis) und der Konstruktivismus mit dem hübschen Bild des sich selbst beobachtenden Beobachters, weiter die der Konkurrenzwirtschaft nachempfundene Arena-Theorie und die facettenreichen Adaptionen aus der Welt der Cultural Studies, dann der Mix aus System-, Handlungs- und Organisations-theorie, weiter die nun schon spezifischeren Öffentlichkeitstheoreme, aktuell etwa das Konzept der „dissonanten Öffentlichkeiten“ (Pfetsch et al. 2018), die Thesen über die „datafizierte“ Gesellschaft (Hepp 2016)¹⁰ und über „re-figurierte Öffentlichkeiten“¹¹: Sie befassen sich nicht (mehr) mit den Struktur- und Funktionsproblemen des Informationsjournalismus. Ihnen gemeinsam ist offenbar das zunehmende Desinteresse, vielleicht auch die Ratlosigkeit gegenüber den Spezifika des in die Krise geratenen Journalismus im Kontext des Medienwandels. Ihr auf die datafizierte Kommunikationsgesellschaft gerichtetes Interesse kann man als Plädoyer für die Auflösung des Berufsjournalismus deuten – natürlich nicht in der Realität, so doch in der Vorstellungswelt der Medienwissenschaft. Ich denke dabei an Vorschläge wie jenen, in Zukunft gleich die gesamte Internetwelt zur „interpersonal-öffentlichen Kommunikation“ (Brosius 2016) zu abstrahieren. Im schönen Schein solch ausgedachter Netzwerk-Universen verschwimmen die Umrisse des Journalismus wie der Andromedanebel am winterlichen Nachthimmel.

10 Vgl. die Themen des Panels "Datafizierung von Journalismus und Medienmärkten" an der vom "Forschungsverbund NRW Digitale Gesellschaft" ausgerichteten interdisziplinären Tagung „Datafizierte Gesellschaft: Praktiken, Prozesse und Folgen der Datafizierung“ am 24. und 25. September 2019 in Bonn unter: <http://konferenz-datafizierte-gesellschaft.de/programm-speaker/>.

11 Vgl. DFG-Projekt „Journalismus und sein Publikum: Die Re-Figuration einer Beziehung und ihre Folgen für journalistische Aussagenentstehung“ (2019-2022, Leitung Wiebke Loosen), mit dem u. a. die „Beziehung des Journalismus zu seinem Publikum und deren Folgen für journalistische Aussagenentstehung“ untersucht werden soll, unter: <https://www.kommunikative-figurationen.de/de/projekte/die-re-figuration-oeffentlicher-kommunikation-in-zeiten-tiefgreifender-mediatisierung-pionierjournalismus-publicumsbeziehungen-und-oeffentliche-anbindung/journalismus-und-sein-publicum/>.

5 Re-Konstruktion der Normativität

Mit dieser zugespitzten Kurzkritik wollte ich deutlich machen, dass wir uns um die Re-Konturierung eines sehr *spezifischen Typs gesellschaftlicher Kommunikation* kümmern sollten, für den sich im Laufe der vergangenen rund 250 Jahre – synchron mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft – die Bezeichnung *Journalismus* durchgesetzt hat. Mit ihm verbinden sich weitere Setzungen. Vor allem die, dass hier die Informations- und Orientierungsfunktionen im Zentrum stehen, die mit der Geschichte der Demokratien westlichen Typs untrennbar verbunden, zugleich aber von deren antagonistischer Organisation geprägt sind: einerseits das anspruchsvolle Programm, eine über das aktuelle Geschehen in der Welt ausreichend informierte Öffentlichkeit herzustellen; andererseits die Distribution solcher Inhalte als kommerzielles Angebot, das den Spielregeln der kapitalistischen Markt- und Wettbewerbsgesellschaft unterworfen ist.

Die mit dieser Medienorganisation verbundenen Diskrepanzen sind oft beschrieben und doch unter den neoliberalen Kunststoffteppich gekehrt worden. Ich möchte fünf davon hervorholen und kurz in Erinnerung rufen.

Aufklärung und Wettbewerb: Die im Fortgang der Säkularisierung erwachte, von Francis Bacon, John Locke (*Essay Concerning Human Understanding* 1690), David Hume und Immanuel Kant ausgearbeitete Idee der Aufklärung (Slogan: „Überwindung der selbstverschuldeten Unmündigkeit“) materialisierte sich als Bildungsanspruch. Sie belebte die verstädterte, gegen Willkür und Bevormundung aufbegehrende Bürgergesellschaft, die ihren Freiheitsdrang allerdings mit dem Interesse an Konkurrenz und Wettbewerb verband. So war die in England mit dem 18. Jahrhundert beginnende Parlamentsberichterstattung nicht nur ein Kampf um Informationszugang, mithin um politische Öffentlichkeit, sondern von Anfang an auch ein Wettbewerb unter Zeitungsmachern. Nicht das Protokollieren, sondern die gesellschaftspolitische Brisanz und die um Aufmerksamkeit buhlende Verdichtung (Zuspitzung) der Nachrichten beherrschten die öffentliche Kommunikation und die Professionalisierung des englischen Journalismus. So gesehen bewirkte der Wettbewerb im Kontext der Demokratisierungsprozesse nicht nur Pressefreiheit als Abwehrrecht, sondern auch publizistische Meinungsvielfalt als Ausfluss der Gewerbefreiheit. Diese Prozesse intendierten damit – wie Habermas 1962

herausfand – seit dem 18. Jahrhundert die informationsbasierte Diskursivität der politischen Debatten als „öffentliches Gespräch“.

Macht und Machtkontrolle: Mit der Zensurfreiheit und dem Informationszugang der Journalisten öffnete sich die Möglichkeit öffentlicher Machtkontrolle, die von der Bindung der Staatsgewalt an legale und legitime („rationale“) Ziele und Zwecke ausgeht. Von daher stand und steht der Journalismus (in England als „fourth estate“) in einem quasi-natürlichen Spannungsfeld zu den Inhabern staatlicher Gewalt. Umgekehrt haben die Machtinhaber ein Interesse daran, ihre Absichten durchzusetzen und darum Machtkontrolle zu erschweren oder zu unterlaufen. Sie tun dies bis heute, indem sie den politischen Journalismus auf dem Rechtsweg entwaffnen und/oder Journalisten korrumpieren (Politik-PR, Nähe und Vertraulichkeit, Privilegien u. a. m.). Journalismus, der den Namen verdient, lässt sich nicht vereinnahmen: Er konfliktiert per se mit dem Arkaninteresse der Inhaber staatlicher und wirtschaftlicher Macht, unbeschadet ihrer politischen Linie und Programmatik.

Markt und Marktversagen: Die Organisationsform der Marktwirtschaft macht die Verleger zu unaufrichtig agierenden Publizisten; sie operieren quasi janusköpfig als profitorientierte Geschäftsleute und als Statthalter der Öffentlichkeit. Die rasanten Aufstiege und Niedergänge der Zeitungen in England zu Beginn des 18. Jahrhunderts wie auch – nach Aufhebung der Zensur – im Deutschen Reich am Ende des 19. Jahrhunderts ähneln mit ihrer knalligen Kurzlebigkeit vielen heutigen Online-Startups. Denn damals wie heute ist der Informationsjournalismus auf Erlöse (Refinanzierung) angewiesen und insofern erpressbar – von Sonderkonstruktionen (öffentlich-rechtlich organisierte Medien) und Ausnahmen (werbefreie Nischenprodukte) einmal abgesehen. Der Grundsatz, dass die Aussagenproduktion der Journalisten von Einflussnahmen freizuhalten und darin als meritorisches Gut und „service public“ zu behandeln sei, scheitert an den Marktzwängen oder an den Interessen wie auch Rendite-Zielen der Medieneigentümer. Die Ausnahmen – zum Beispiel die Genossenschaft der taz, das auf Spenden angewiesene netzpolitik.org oder das überwiegend von Stiftungen finanzierte Recherchebüro Correctiv! – sind zwar bemerkenswert, weil sie dem Leitbild Unabhängigkeit folgen, bestätigen jedoch die Regel.

Sachverhalte und Meinungen: Zuerst in England führte die Demokratisierung zur Einsicht, dass die Willensbildung des Souveräns in Gestalt der Stimmbürger auf die *zutreffende* Kenntnis der politischen Vorgänge wie

auch Absichten der Kandidaten gestützt sein solle. Während in deutschen Fürstenstaaten der Kampf gegen die Feudalen mit der „richtigen“ Gesinnung („Freiheit!“) ausgetragen wurde, bildete sich im schon freien britischen Journalismus im frühen 19. Jahrhundert der Grundsatz heraus, dass zwischen Sachbericht und Meinung kategorisch zu trennen sei: „Comment is free, but facts are sacred“. Die epistemologisch fundierte Erkenntnis, dass die (als zutreffend überprüften) Nachrichten der Meinungsbildung voraussetzen sind, hat der angloamerikanische Informationsjournalismus damals zum Prinzip erhoben. Dieses haben die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg den deutschen Zeitungsverlegern in ihre Lizenzen hineingeschrieben. Es wurde auch mehrere Jahrzehnte lang beherzigt¹², in die Rundfunkstaatsverträge und Redaktionsordnungen (Statuten, Richtlinien, Codes of conduct)¹³ aufgenommen. Doch seit einiger Zeit dringt der Hang (oder Zwang) zur Meinungsmache wieder durch, werden Nachrichten nach Maßgabe politischer Präferenzen („Frames“) ausgewählt und mit politischen Wertungen durchsetzt – ein von unserer Studie (2017) nachgewiesener Trend, der den moralischen Universalisten wie auch ihren Gegenspielern, den Nationalisten, gut gefällt: Die jeweils „richtige“ Gesinnung soll das Nachrichtenbild prägen.

Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeitsprinzip: In den autoritären Systemen muss der Journalismus immer wieder scheitern, weil dort die stets labile Balance zwischen Abhängigkeit und Unabhängigkeit nicht zu halten ist. In der westlichen Marktwirtschaft würde ihm – trotz Meinungs- und Pressefreiheit – vermutlich dasselbe widerfahren, gäbe es nicht die Verfahrenssicherheit der rechtsstaatlichen Organisation. Das Prinzip der Gewaltenteilung und die verrechtlichten Prüfverfahren geben dem machtkritischen Journalismus Handlungssicherheit. Aufdeckende Recherchen – aktuelle Beispiele: Panama Papers, Paradise Papers, „Cum-Ex-trades“-Enthüllung, Ibiza-Video – wären sonst nicht veröffentlicht oder mit Strafurteilen überzogen worden. Doch auch diese Garantien gelten nicht per se, sie sind prekär und müssen immer aufs Neue gesichert

¹² Die Unterscheidung ist auch straf- und presserechtlich relevant, indem Tatsachenbehauptungen der Wahrheitspflicht unterstehen, während Kommentare als Meinungsäußerungen einen „Beitrag zum geistigen Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage“ leisten und von der Meinungsfreiheit gedeckt sind (BVerfGE 7, 212);

¹³ Unter dem Topos „Innere Pressefreiheit“ wurden Redaktionsstatute in den 1970er Jahren vielerorts eingeführt (vgl. Skriver 1970).

werden. Staatsorgane – zumal die Innenbehörden (Staats- und Verfassungsschutz, Vollzugsbehörden) – wollen ihre Geheimhaltungssphäre ausweiten und das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten aufweichen. Von daher ist die Informationszugangsfreiheit ein stets gefährdetes Gut, auch wenn es unter dem Paradigma der digitalisierten Zivilgesellschaft vom Journalistenprivileg zu einem Jedermannsrecht zu werden verspricht.

6 Widersprüche fruchtbar machen

Mit dieser Skizze der Diskrepanzen und Paradoxien will ich dieses doppelte Forschungsgebiet in den Fokus stellen: Zum einen hat sich die Aufgabenzuschreibung an den Journalismus im Fortgang der Demokratisierungsprozesse zu einem konsistenten, den Medienwandel überdauernden *normativen Set* verfestigt, das als abstrakter Bezugsrahmen der Erforschung der Medienpraxis dient. Zum andern verweisen die skizzierten Diskrepanzen auf ein breites Krisen- und Konfliktfeld *unterhalb dieses normativen Sets*, auf dem verschiedene Gruppen um hegemoniale Deutungsmacht rivalisieren und (unter den Produktionsbedingungen der kommerzialisierten Medien) um kulturelle Vorherrschaft streiten.

Auf diesem Feld – dies sollte die Episode im ersten Teil zeigen – agieren auch parteiergreifende Medienforscher, die ihr ideologisches Denken mit Moralismus verbrämen. Sie verleugnen die dem Journalismus zugewiesene Normativität und verwandeln ihn zur Waffe auf dem Kampffeld, auf dem sie ihre Deutungshoheit moralisierend verteidigen wollen. Auf der Gegenseite kämpfen die „progressiven Neoliberalen“ (Fraser 2017) als Verfechter des globalisierten *Consumermarktes*. Sie wollen die journalistische Aussagenproduktion über werberelevante Klicks und Quoten domestizieren, ähnlich, wie sie es mit den werbefinanzierten TV-Anbietern, den Online-Plattform-Betreibern und den bloggenden Influencern tun.

Aus meiner Sicht sollte die Medienwissenschaft solche Irreführungen nicht wohlwollend begleiten, sie vielmehr ideologiekritisch analysieren und offenlegen. Sie könnte erkennen, dass der moralisierende Universalismus ins Abseits führt, weil er „die Spannung zwischen Vernunft und Wirklichkeit“ negiert, wie es Richard Münch schon vor 25 Jahren sah (1995, 15). Mit dem von Hermann Lübke eingeführten Sinnbild des

Äsop'schen Fuchses gesprochen: Ideologiekritik begnügt sich nicht damit, den doppelten Betrug als Täuschung und Selbsttäuschung zu entlarven. Unter Bezugnahme auf die oben skizzierten Paradoxien und Diskrepanzen geht es darum, den Fuchs darüber aufzuklären, dass die Trauben – Metapher für das Menschenglück – für alle zu hoch hängen. Und dort auch hängen bleiben. Mit anderen Worten: Aus Sicht der Wissenschaft wie der journalistischen Praxis geht es nicht um die moralische Rechtfertigung des Sollens (Medienkritik) und nicht darum, das Sollen aus dem Sein abzuleiten (dies wäre nach David Hume ein naturalistischer Fehlschluss), wie dies beispielsweise in der aktuellen Debatte um die Regulierung der Onlinekommunikation versucht wird. Es geht, aufs Ganze der Gegenwartsgesellschaft bezogen, um die seit Hume mit der Aufklärung entwickelte moralfreie Normativität, die Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt und die Informations- und Meinungsfreiheit im Kontext des öffentlichen Rechts verwirklicht hat – nicht als beglückende Niederkunft des Sollens, sondern als infinites Streit. Nebenbei: Dass dies (nur) in Westeuropa und Nordamerika gelang, erklärt der Staatsrechtler Möllers (2015) mit der spezifischen Normativität des öffentlichen Rechts, das immer wieder absichernd als Synchronisator zwischen der Welt der Vorstellungen (= Sollen als normative Ebene) und der Lebenswelt der Erfahrung (= Sein als empirische Ebene) funktioniert – eine Sichtweise, die im Jahr 2019 dazu einlud, im Rückblick auf „70 Jahre Grundgesetz“ die Diskrepanz zwischen der Normativität der Meinungs- und Informationsfreiheit und den Realitäten der digitalen Mediengesellschaft kritisch zu durchleuchten.

7 Medienforschung im Dienst der Diskursivität

Über das Jahr 2019 hinaus möchte ich die Medienwissenschaft ermuntern, ihrerseits diese Brücke zu schlagen: Sie könnte erstens die normativ gut begründeten Qualitäten aus der breiten Medienflut herausfiltern und zum Gegenstand aktueller Forschungsfragen machen. Sie kann zweitens die Aussagenproduktion des Informationsjournalismus im Hinblick auf die Geltung gesellschaftspolitischer Normen moralfrei untersuchen und interpretieren. Drittens kann sie Diskrepanzen zwischen den normativ begründeten Ansprüchen und den medienanalytisch gewonnenen Befunden als Dysfunktionen deuten, die aufzeigen, was zu tun wäre, um die

bereits vor einem halben Jahrhundert für die Medien postulierte „gesellschaftliche Verständigung“ (Habermas 1968, 63f.) zu stärken und indirekt integrativ zu wirken. Sie würde damit, viertens, ideologiekritisch arbeiten, indem sie die partikularen Interessen einflussnehmender Akteure (Gruppen, Parteien, Machtträger, Medieneigner) identifiziert und benennt. Sie könnte zum Beispiel auch jene identifizieren, die mit dem Gestus des moralisch Überlegenen auftreten, tatsächlich aber ihre identitären Denkmuster zur Geltung bringen und abweichende Positionen diffamieren wollen.

Jedes identitäre Denken – ob universalistisch oder nationalistisch eingekleidet – will Diskursivität unterbinden und den normativen Kern des Journalismus durch Zwecke ersetzen, die der Welt der Propaganda zugehören. Diesem Denken dient der Äsop'sche Fuchs mit dem Spruch: Diese Trauben sind für euch zu sauer.

Literatur

- Bessette, Joseph M. 1980. „Deliberative Democracy: The Majority Principle in Republican Government“. In *How Democratic is the Constitution?*, herausgegeben von Robert A. Goldwin und William A. Schambra, 102–116. Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Brosda, Carsten. 2008. *Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brosius, Hans-Bernd. 2016. „Warum Kommunikation im Internet öffentlich ist. Zu Andreas Hepp's Beitrag ‚Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten‘“. In: *Publizistik* 61, 363–372.
- Bröning, Michael, und Christoph P. Mohr. 2017. „Flucht, Migration, Verantwortung und das progressive Dilemma der Linken. Eine Einführung“. In: *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, herausgegeben von Michael Bröning und Christoph P. Mohr, 9–22. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.
- Fraser, Nancy. 2017. „From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond“. *American Affairs*. Winter, Vol. I, No. 4. <https://americanaffairsjournal.org/2017/11/progressive-neoliberalism-trump-beyond/>. Zugriffen: 16. November 2019.
- Grau, Alexander. 2017. *Hypermoral - Die neue Lust an der Empörung*. München: Claudius.
- Goeßmann, David. 2017. *Die Erfindung der bedrohten Republik. Wie Flüchtlinge und Demokratie entsorgt werden*. Berlin: Das Neue Berlin.
- Habermas, Jürgen. 1968. *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Hafez, Kai. 2016. „Compassion Fatigue der Medien? Warum der deutsche „Flüchtlingsommer“ so rasch wieder verging“. *Global Media Journal (German Edition)* 6 (1): 1–8. https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00035505/GMJ11_Hafez.pdf. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Haller, Michael. 2016. „Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums“. In *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?*, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, 171–192. Gütersloh: Bertelsmann.
- Haller, Michael. 2017. *Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien – tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information*. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a. M., https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publicationen/AH93_Fluechtlingskrise_Haller_2017_07_20.pdf. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Haller, Michael. 2019. Zwischen ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Migrationspakt‘ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a. M., https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publicationen/AP37_Fluechtlingskrise_II_Haller.pdf. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Haller, Michael. 2019. „Lügen? Aufklären? Vernebeln? Über das Scheitern des Medien-Diskurses während der sogenannten Flüchtlingskrise“. In *Migration und Interkulturalität*, herausgegeben von Kerstin Störl, 143–160. Berlin: Peter Lang.
- Hepp, Andreas. 2016. „Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten“. In: *Publizistik* 61: 225–246.
- Hofbauer, Hannes. 2018. *Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert*. Wien: Promedia.
- Horz, Christine. 2017. Essay: „Zu positive Berichterstattung? Die Studie des Kommunikationswissenschaftlers Michael Haller zur ‚Flüchtlingsberichterstattung‘ in deutschen ‚Leitmedien‘“. In: *Global Media Journal (German Edition)* 7 (2): 1–12, https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00039827/GMJ14_Horz_final.pdf. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Kostner, Sandra. 2019. „Identitätslinke Läuterungsagenda. Welche Folgen hat sie für Migrationsgesellschaften?“ In *Identitätslinke Läuterungsagenda*, herausgegeben von Sandra Kostner, 17–73. Stuttgart: ibidem Sachbuch.
- Lenk, Kurt. 1967. „Problemgeschichtliche Einleitung“. In *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, herausgegeben von Kurt Lenk, 15–61. Neuwied: Luchterhand.
- Lessenich, Stephan. 2016. *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin.
- Lessenich, Stephan. 2019. „Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus“. In *Was stimmt nicht in der Demokratie?*, herausgegeben von Hanna Ketterer und Karina Becker, 121–138. Berlin: Suhrkamp.
- Löffelholz, Martin, und Liane Rothenberger. 2016. „Journalismustheorien – Einführung und Überblick“. In *Handbuch Journalismustheorien*, herausgegeben von Martin Löffelholz und Liane Rothenberger, 11–27. Wiesbaden: Springer VS.
- Lübbe, Hermann. 1974. *Politische Philosophie in Deutschland*. München: Piper.

- Lübbe, Hermann. 1987. *Politischer Moralismus: Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*. Berlin: Siedler.
- Maurer, Marcus, Jost Pabro, Jörg Haßler, und Simon Kruschinski. 2019. „Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der ‚Flüchtlingskrise‘“. *Publizistik* 64: 15–35.
- Möllers, Christoph. 2015. *Die Möglichkeit der Normen - Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*. Berlin: Suhrkamp.
- Moore, E. G. 1903. *Principia Ethica*. Cambridge University Press. Digital transkribiert unter: <http://fair-use.org/g-e-moore/principia-ethica/>. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Münch, Richard. 1995. *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neue deutsche Medienmacher. 2017. Stellungnahme: Neue deutsche Medienmacher kritisieren besorgten Wissenschaftler (mit Reaktion und Replik). <https://www.neuemedienmacher.de/pressemitteilung-neue-deutsche-medienmacher-kritisieren-besorgten-wissenschaftler/>. Zugegriffen: 16. November 2019.
- Peters, Bernhard, Tanjev Schultz, und Andreas Wimmel. 2007 [2004]. „Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit“. Nachgedruckt in *Der Sinn von Öffentlichkeit*, herausgegeben von Hartmut Weßler, 203–247. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pfetsch, Barbara, Löblich, Maria, und Christiane Eilders. 2018. „Dissonante Öffentlichkeiten als Perspektive kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung“. *Publizistik* 63: 477–495.
- Skriver, Ansgar. 1970. *Schreiben und Schreiben lassen. Innere Pressefreiheit – Redaktionsstatute*. Karlsruhe: Verlag C.F. Müller.
- Stegemann, Bernd. 2018. *Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Theis-Berglmair, Anna Maria. 2016. „Auf dem Weg zu einer Kommunikationswissenschaft. Zu Andreas Heppes Beitrag ‚Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten‘“. *Publizistik* 61: 385–391.
- Welzer, Harald. 2016. *Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit*. Frankfurt: S. Fischer.

Open Access

Dieser Beitrag erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-SA 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>